



August 2016

Verbandsnachrichten

Verbandsexkursion 2016

Am **Donnerstag, 27. September 2016** startet unser Bus um **12.30 Uhr**, wie üblich, **neben dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Theodor-Heuss-Straße 4 in Stuttgart.**

Um ca. 13.45 Uhr hält der Bus am Hauptbahnhof Karlsruhe, Südausgang Busbahnhof, um noch etwaige Gäste aus Karlsruhe aufzunehmen.

Unser Ziel ist das Karlsruher Institut für Technologie, kurz: das KIT. Es verbindet – bundesweit einmalig – eine Landesuniversität mit einer überwiegend vom Bund geförderten Großforschungseinrichtung, dem ehemaligen Forschungszentrum Karlsruhe. Auf dem „Campus Nord“, dem Gelände des ehemaligen Forschungszentrums der Helmholtz-Gemeinschaft, werden wir von der Vizepräsidentin des KIT, Frau Dr. Elke-Luise Barnstedt, begrüßt. Anschließend lassen wir uns durch folgende Stationen führen:

- **AIDA - Großgerät für die Umwelt- und Klimaforschung**
- **FR2 - Kerntechnikschau in einer ehemaligen Reaktorhalle**
- **KATRIN - Großexperiment zur Messung der Masse des Neutrinos**

Nach diesem umfangreichen Programm stärken wir uns in der "Höpfner-Burg", dem historischen Gebäude der Karlsruher Privatbrauerei Höpfner, bei feiner traditioneller badischer Küche und schmackhaften Bieren.

Die **Rückkehr in Stuttgart** wird für **21:00 Uhr** angestrebt.

Der Unkostenbeitrag beträgt **15 Euro pro Person**. Das Abendessen mit Getränken geht auf eigene Rechnung. – außer für den noch auszulosenden Gewinner des Preisrätsels, der natürlich vom Verband eingeladen wird.

Bitte melden Sie sich ab sofort bei Herrn Freisler (Tel: 0711 90417100,

E-Mail: Bernhard.Freisler@rps.bwl.de) an.

Gäste sind herzlich willkommen!

Anschrift: Landesvorsitzender Bernhard Freisler
Regierungspräsidium Stuttgart
Ruppmannstraße 21
70565 Stuttgart

Telefon: 0711/904 17100
LVN/E-Mail: Bernhard.Freisler@rps.bwl.de

privat: Böllatweg 36
73734 Esslingen

Homepage: www.vhv-bw

Einladung

zur Mitgliederversammlung

am Dienstag, den **15. November 2016 um 17.00 Uhr**,

im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Theodor-Heuss-Straße 4,
Großer Sitzungssaal, 3. OG, in Stuttgart.

Programm

1. Bericht des Vorstands
2. Finanzbericht
3. Bericht der Rechnungsprüfer
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahlen
6. Anträge, u. a. Beitragserhöhung
7. Sonstiges

18:00 Uhr

**Herr Ministerialdirektor Julian Würtenberger, Ministerium für Inneres,
Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg**

**Thema „Nach der Landtagswahl - Berufspolitische Maßnahmen und Veränderungen für
die Bediensteten in den Verwaltungen im Land“**

Im Anschluss essen wir gemeinsam. Da die Kantine im Tagungsgebäude den Betrieb eingestellt hat, gehen wir in eine benachbarte Gaststätte. Wegen der Platzreservierung bitten wir um Ihre Anmeldung bei Frau Elwenholl, ab dem 13. Oktober 2016
(Tel. 0711/123-2210, E-Mail: Simone.Elwenholl@mfw.bwl.de).

Gäste sind herzlich willkommen!

BERICHT VON DER ARBEITSTAGUNG

Aktuelle berufspolitische Gespräche in der Arbeitstagung 2016.
Von A 13 minus 8% bis B 3 war alles dabei.

Begonnen hat es mit einem über 2stündigen Vortrag mit Diskussion mit dem Chef Information Officer (CIO) der Landesverwaltung, Herrn Ministerialdirektor Stefan Krebs über seine Rolle und die weitere Entwicklung der Datenverarbeitung in der Verwaltung im Land. Darüber hin-

aus ist er auch für die Digitalisierung des Landes zuständig – ein politischer Schwerpunkt der neuen Regierung. Das Gespräch war für beide Seiten gewinnbringend – deshalb gilt der Satz: „Gut dass wir darüber gesprochen haben!“. Die PowerPoint-Präsentation ist auf unserer Homepage. Vielleicht finden wir Inhalte, die wir über ein geeignetes Format in positiver Weise befördern können.

Danach stellte Waldemar Futter, stellvertretender Vorsitzender der BBW sowie des Seniorenverbandes des öffentlichen Dienstes, aus diversen wissenschaftlichen Untersuchungen interessante ökonomische Zahlen mit Bezug auf den öffentlichen Dienst vor. Mit ihnen wurde aufgezeigt, dass der öffentliche Dienst in Deutschland sich weder vor ausländischer Konkurrenz noch vor anderen Branchen in Deutschland verstecken muss. Die Anzahl der Kräfte sowie deren Bezahlung überfordern die Gesellschaft keineswegs.

Ferner berichtete er zur Verbandsarbeit des Seniorenverbandes. Dies führte dann sogleich zu einem Eintritt eines Teilnehmers unter Wahrnehmung der Sonderkonditionen, die wir mit unserem Verband vermitteln.

Erfreulicherweise konnte Frau Dr. Beate Leichtweis vom Verband der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst uns einige von deren berufspolitischen Angelegenheiten erläutern. Die wesentliche Facette ist der bedeutende Besoldungsrückstand gegenüber den Klinikärzten. Ferner ist schwer nachzuvollziehen, dass Fachärzte beim Wechsel in den Gesundheitsdienst ihre Zusatzausbildung nicht honoriert bekommen.

Nach vielen Jahren besuchte uns wieder ein Vertreter des Verbandes Hochschule und Wissenschaft (VHW), Herr Professor Dr. Peter Heusch. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender und berichtete über die aktuelle Hochschulpolitik. Im Vordergrund stehe das Anliegen, der Stimme der Professorinnen und Professoren ein stärkeres Gewicht an den Hochschulen und vor allem im Verhältnis zu den Rektoraten und den überwiegend extern besetzten Hochschulräten zu geben. Gegen die besoldungsgesetzlichen Regelungen, wonach Grundgehaltserhöhungen auf Leistungszulagen angerechnet werden, wolle man notfalls den Klageweg beschreiten. Prof. Heusch hob hervor, dass aus Sicht des VHW in vielen Punkten eine gleichgerichtete Interessenlage mit den Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes festzustellen sei.

Am nächsten Morgen informierte unser stellvertretender Landesvorsitzender, Herr Dr. Helmut Messer, über den aktuellsten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation in der A-Besoldung. Diese Entscheidung rundete die früheren zur W- sowie R-Besoldung ab. Der Vortrag ist in voller Länge auf unserer Homepage einzusehen.

Im Anschluss hatten wir für stark 1,5 Stunden den neuen finanzpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Tobias Wald, zu Gast. Erfreulicherweise knüpfte er an die Wahlversprechen der CDU an und versuchte den Koalitionskompromiss zu erklären.

Nach seinem Verständnis scheint es besser zu sein, dass fast nichts im Koalitionsvertrag steht. Daher sind wir aufgerufen über die Legislaturperiode intensiv berufspolitisch Lobbyarbeit zu leisten.

Wir versuchten die Erklärung des strukturellen Defizits im Landeshaushalt zu verstehen, forderten das schnelle Ende der Absenkung der Eingangsbesoldung für alle (und nicht nur in Stufen nach bestimmten Laufbahnen bzw. Ausbildungen) sowie die Rücknahme der Beihilfeverschlechterungen. Betont haben wir aber auch, dass die finanziellen Mängel des öffentlichen Dienstes nicht mehr mit schönen salbungsvollen Worten zu den angeblichen sonstigen Vorteilen im öffentlichen Dienst zugekleistert werden können. Da ist nichts Substanzielles mehr! Große Arbeitgeber in der Wirtschaft haben diese Angebote auch.

Erfreuen durften wir uns am Gesprächsangebot für die Zukunft, das wir natürlich nutzen werden.

Neben einigen Ausführungen zu Inhalten der Verbandsarbeit führten wir noch eine längere Diskussion zum Thema des Lebensarbeitszeitkontos. Im Ergebnis wurde es kritisch gesehen. Die Definition des Inhalts ist völlig im Fluss und es darf nicht dazu führen, dass die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen die Arbeit ohne Ersatzkraft stemmen müssen.

Die Rückmeldung eines Teilnehmers:

„Ihr Programm hat aktuelle und drängende berufspolitische Fragestellungen aufgegriffen, in den jeweiligen Referaten wurde diese präzise auf den Punkt gebracht und in den sich anschließenden Gesprächsrunden und Gespräche am Rande bereichernd vertieft. Auch ich konnte davon profitieren.“

Nach der Wahl - das Finanzministerium ist grün!

Nun haben wir's: Einige Beamte haben grün gewählt, obwohl sie die negative Berufspolitik der letzten 5 Jahre kannten und einige haben schwarz gewählt, weil sie eine positivere Berufspolitik wollten, die schwarz versprach.

Jetzt wird sich zeigen wie die Koalitionskompromisse aussehen. Im Koalitionsvertrag steht nur, die Koalition will ein verlässliches Verhältnis zum Beamtenbund sowie man wolle die Absenkung der Eingangsbesoldung in Stufen bis 2021 zurücknehmen. Im inzwischen bekannt ge-

wordene „Mauschelpapier“ steht zur Berufspolitik nur, dass für die Rücknahme der Eingangsbesoldungsabsenkung pro Jahr 55 Mio. Euro zu veranschlagen seien. Nun ist nur für unser Staatswesen zu hoffen, dass es keine weiteren Geheimvereinbarungen gibt – insbesondere von Politikern, die das Wort „Transparenz“ bisher wie eine Monstranz vor sich hertrugen. Bis an diesem Punkt haben uns 5 Jahre „dialogorientierte Politik“ geführt.

Dann versucht man die Welt und uns mit zweifelhaften Haushaltszahlen zu überzeugen. In die mittelfristige Finanzplanung schreibt man die Einnahmen mit vorsichtigem Optimismus bzw. vornehmer Zurückhaltung und die Ausgaben mit einem ungezügelter Pessimismus. Das angebliche „strukturelle Defizit“, mit dem in anderen Bundesländern nicht in dieser Weise Politik gemacht wird, wird zur mathematischen Gefahr und zum zweifelhaften politischen Instrument. Zweifelhaft, da Baden Württemberg in den letzten Jahren vielfach ohne neue Schulden angekommen ist und zudem Haushaltsausgabereste in beträchtlicher Höhe anfielen. Laut Rechnungshofbericht zu 2014 beträgt das rechnungsmäßige Jahresergebnis (Überschuss) 2166 Mio. Euro und das Gesamtergebnis, in welches bis dahin noch nicht veranschlagte Überschüsse der Vorjahre einfließen, 4465 Mio. Euro.

Und was heißt schon strukturelles Defizit. Die Definitionsversuche von verschiedenen Landtagsabgeordneten fallen „überraschenderweise“ auch nicht einheitlich aus.

Unterstellt man, dass die Einnahmen kontinuierlich - trotz der dennoch schwankenden Steuerzuflüsse usw. – nach Plan anfallen und beschäftigen uns näher mit der Ausgabenseite. Vielfach heißt es, dass strukturelle Ausgaben diejenigen seien, die das Land infolge einer dauerhaften Bindung erfüllen müsse. Die Frage ist dann: Was ist dauerhaft? Unstrittig sind Ausgaben und Förderprogramme, die binnen ein/zwei Jahren beendet werden können nicht dauerhaft. Auf der anderen Seite stehen sehr langfristige Mittelbindungen, wie z.B. die Besoldung und Versorgung von Lebenszeitbeamten und unkündbaren Tarifbeschäftigten. Dazwischen gibt es einen großen Graubereich. Sind die „automatischen“ Steigerungen der Diäten für Landtagsabgeordnete Teil der strukturellen Ausgaben, oder ließe sich über sie nicht jährlich entscheiden? Ein Wahlrecht, das mit weniger Abgeordneten auskommt – wie wär's damit? Sind befristet angestellte Krankheitsvertretungen - z. B. im Schulbereich - Teil der strukturell nötigen Personalausgaben? Könnte man das auch anders lösen? Sind „freiwillige“ Zuschüsse zur Internatsunterbringung von Blockschülern hinsichtlich ihrer Berufsschul-ausbildung strukturelle Ausgaben? Ist die Privatschulförderung in ihrem gegenwärtigen Umfang eine dauerhafte Ausgabe? Die Liste der Fragen ließe sich vielfältig verlängern. Hilfreich wäre auf jeden Fall die Förderprogramme des Landes zeitlich zu befristen, um sie so auf den Prüfstand zu stellen.

Im Kern geht es immer um dieselbe Entscheidung: Welche Aufgaben hat der Staat und vielviele Ressourcen (Personal und Sachmittel) braucht er dafür? Diese Ressourcen muss die Gesellschaft aufbringen. Dabei ist es unmoralisch das Aufgabenspektrum zu erweitern und die

Ressourcen nicht angemessen zu erhöhen. Das ist aber der Fall, wenn man neue Aufgaben kreiert, die mit den bisherigen Ressourcen - bzw. mit zu wenigen neuen – erfüllt werden sollen.

Auf diese Weise leistet sich das Land seit Jahren zusätzliche Aufgaben, ohne für das ausreichende erforderliche Personal zu sorgen und dieses „ehrlich“ zu bezahlen. Die Unverschämtheit in der Argumentation gipfelt dann darin, dass man das vorenthaltene Geld – also den gerechten Lohn – für die neue Aufgabenerfüllung braucht. So bezahlt das Personal die neue Aufgabe und nicht die Gesellschaft.

Im neuen Rechnungshofbericht zu 2014 wird ausgeführt, dass die Kernaufgaben des Landes besonders personalgebundene Dienstleistungen seien. Die Bereiche Forschung, Bildung, Sicherheit und Justiz hätten eine inhärente Dynamik zu mehr Personal. Mehr Lehrer oder Polizisten sind besser als weniger. Letztlich sei nur die Finanzierbarkeit die Grenze. Den Personalkostenanteil könne man auf Dauer jedoch nur begrenzen, wenn man Personal spart und nicht am Personal.

Abschließend:

Sollte der Länderfinanzausgleich nach dem Modell der Bundesländer neu geregelt werden, so hätte das Land wohl 1 Mrd. Euro weniger zu zahlen. Auch damit wäre das „strukturelle Defizit“ von zurzeit wohl 800 Mio. Euro kein Thema mehr.

Die Versorgung – ein zentraler Baustein für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Ein Gutachten von Frau Prof. Dr. Gisela Färber zu den Alterseinkünften von vergleichbaren Bundesbeamten und Arbeitnehmern ist nachzulesen unter [http:// www.uni-speyer.de/files/de/Lehrst%C3%UChle/F%C3%A4rber/PDF%20Dokumente/Gutachten/BMI-Gutachten-endg.pdf](http://www.uni-speyer.de/files/de/Lehrst%C3%UChle/F%C3%A4rber/PDF%20Dokumente/Gutachten/BMI-Gutachten-endg.pdf).

Dass die Versorgung ein zentraler Baustein für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist, hat das Bundesministerium des Innern erkannt (siehe Bericht http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Dienstrecht/Beamte/Versorgungiversorgung_node.html)

Am 31.12.2015 war der Stand der

Versorgungsrücklage (gespeist aus den gekürzten Besoldungserhöhungen) bereits 3000 Millionen Euro

und der

des Versorgungsfonds auch schon 1800 Millionen Euro.

Als neue Mitglieder begrüßen wir:

Oberregierungsrat Dr. Sebastian Schäfer, Vertretung des Landes BW beim Bund

Ministerialrat Heinz Reinöhl, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Regierungsrätin Dr. Brigitte Michel, Landratsamt Schwäbisch Hall

Ministerialrat Walter Biermann, Sozialministerium

Oberregierungsrat Dr. Tim Gerhäuser, Landratsamt Waldshut

Jur. Referentin Sarah Leinert, BBW Barmtenbund Tarifunion

Kreisoberverwaltungsrat Johannes Müller, Landratsamt Alb-Donau-Kreis

Ministerialrätin Monika Mundkowsky-Vogt, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Ministerialrat Steffen Walter, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Regierungsdirektor Frank Wolf, Oberfinanzdirektion Karlsruhe

Wir betrauern den Tod unseres langjährigen und treuen Mitglieds:

Leitender Ministerialrat a.D. Dr. Burkhard Kern, Nürtingen

Herr Dr. Kern ist am 4.12.2015 verstorben. Dies ist erst nachträglich gemeldet worden.

Der Verband hat den Angehörigen schriftlich kondoliert.



Verband der höheren Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg e.V.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE21ZZZ00000655408 - Mandatsreferenz _____
(wird vom VHV eingetragen)

An den
Verband der höheren Verwaltungsbeamten
Baden-Württemberg e. V.
Frau Simone Elwenholl
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Theodor-Heuss-Str. 4
70174 Stuttgart

Beitritt / Änderungen

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband der höheren Verwaltungsbeamten e.V. (VHV) / Folgende Änderungen werden hiermit mitgeteilt.

.....
Name/Namensänderung
.....
Vorname

.....
Dienstbezeichnung
.....
Dienststelle

.....
Privatanschrift: Straße, Hausnummer
.....
Postleitzahl, Wohnort

.....
E-Mail
.....
Geburtsdatum (optional)

SEPA-Lastschriftmandat:
Ich ermächtige den VHV, die Zahlung des Jahresbeitrags von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VHV auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Kreditinstitut (Name und BIC):
.....
IBAN:

.....
Datum, Ort
.....
Unterschrift